

<b>ZU DIESEM HEFT</b>	105	<b>ADB-JAHRESTHEMA</b>	
<b>SCHWERPUNKT</b>		<i>Martin Kurth</i>	
<i>Bruno Schoch</i>		Die Finanz- und Wirtschaftskrise als Herausforderung für die politische Bildung	140
Friedenspolitik im Umbruch	106	<b>INFORMATIONEN</b>	
<i>Thomas Jäger</i>		Meldungen	144
Die veränderten Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik	114	Aus dem AdB	163
<i>Uli Jäger</i>		Personalien	169
Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Krieges	122	Bücher	170
<i>Gertrud Gandenberger</i>		Markt	182
Konflikt und Frieden in der politischen Bildungsarbeit am Beispiel des Krieges in Afghanistan	129	<b>IMPRESSUM</b>	189
<b>ADB-FORUM</b>			
<i>Boris Brokmeier/Paul Ciupke</i>			
Außerschulische politische Bildung zwischen Deskriptoren und Niveaustufen			
Zur aktuellen Debatte um den Deutschen Qualifikationsrahmen	135		

Thema des nächsten Heftes:  
Theorien politischer Bildung



Dass nichts wirklich gut ist in Afghanistan, würden nicht einmal Befürworter des dortigen Militäreinsatzes bestreiten. Was auch immer die Begründung für die deutsche Beteiligung an dem Ende 2001 beschlossenen ISAF-Einsatz war: Kaum eines der damit verbundenen Ziele konnte bislang erreicht werden. Die Mehrheit

der deutschen Bevölkerung spricht sich in Umfragen für einen Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan aus, allerdings ohne eine Perspektive für Frieden in der Region, solange es nicht gelingt, überzeugende und von den wichtigsten Konfliktparteien akzeptierte, nachhaltig Frieden sichernde politische Alternativen zu realisieren.

Der Krieg in Afghanistan steht im Zentrum der Beiträge in diesem Heft, in dem es um die veränderten Voraussetzungen und gegenwärtigen Herausforderungen für deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik und daraus resultierende Konsequenzen für die politische Bildung geht. An ihm lässt sich beispielhaft verdeutlichen, auf welche Bedrohungsszenarien sich die deutsche Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges einstellen musste. Der Frieden ist nicht – wie damals erhofft – sicherer geworden, auch wenn sich die sicherheitspolitische Lage Deutschlands zunächst entspannte. Deutschland wird, seit es seine volle Souveränität erlangt hat, nun auch in anderer Weise außen- und sicherheitspolitisch von seinen Bündnispartnern in Anspruch genommen, als das vordem der Fall war, und ist erstmals in der Nachkriegszeit wieder an militärischen Aktionen beteiligt. Das Beispiel Afghanistan macht deutlich, wie schwierig es ist, für die Bewältigung der neuen Bedrohungslagen angemessene Strategien zu entwickeln. Es ist aber auch ein Exem-

pel für die Versäumnisse der Politik beim Bemühen um prophylaktische Friedenssicherung und Deeskalation von Konflikten und für das Unvermögen, solche Bedrohungslagen gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die Deutschen sind durch die Erfahrungen mit zwei verheerenden Kriegen in ihrer Mehrheit nicht mehr am militärischen Einsatz als Mittel zur Konfliktregelung oder zur Durchsetzung nationaler Belange interessiert. Das ist gewiss kein Nachteil. Aber welche Lösungen gibt es für Regionen in dieser Welt, in denen massive Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung und Zerstörung religiöser und/oder ethnischer Gruppen, Völkermord und Bürgerkrieg zum Alltag gehören? Auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit gefährden den Frieden, selbst wenn sie andere Staaten nicht unmittelbar bedrohen. Das Völkerrecht setzt einer militärischen Intervention aus humanitären Gründen enge Grenzen, auch wenn der Verzicht darauf die Eskalation von Gewalt, Zerstörung und die Tötung unschuldiger Zivilisten innerhalb eines Staates keinesfalls verhindert. Dieses Dilemma gehört ebenfalls zu den Fragen, mit denen sich politische Bildung zur aktuellen Diskussion über Friedens- und Sicherheitspolitik beschäftigen muss. Moralische und ethische Vorstellungen sind davon ebenso berührt wie nationale Interessen und der Status Deutschlands innerhalb politischer und militärischer Bündnisse.

Friedens- und Sicherheitspolitik war das große Thema der öffentlichen Diskussion in der ersten Hälfte der 80er Jahre. Die Welt hat sich seither verändert, ist aber immer noch kein friedlicher Ort. Das ist Grund genug, sich mit Möglichkeiten der Friedenssicherung unter veränderten Bedingungen intensiver auseinanderzusetzen. Mit unserem Heft wollen wir dazu anregen.

*Ingeborg Pistohl*

## Friedenspolitik im Umbruch

Bruno Schoch

Welche Koordinaten bestimmen die Friedenspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges? Bruno Schoch geht in seinem Beitrag dieser Frage nach, beschreibt die Folgen dieses Epochenumbruchs, die insbesondere Deutschlands Lage verbesserten. In anderen Teilen Europas und der Welt waren die Konsequenzen weniger erfreulich, der Zerfall von Staaten ging – wie in Jugoslawien – mit kriegerischen Konflikten einher. Seit dem Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten 2001 stehen Friedens- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen. Bruno Schoch verweist auf die militärischen Interventionen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush und deren Auswirkungen und hofft auf den Erfolg der friedenspolitischen Initiativen des neuen Präsidenten Barack Obama.

Vor gut zwanzig Jahren kam es zu einem Epochenumbruch. 1989, als die Berliner Mauer durchbrochen wurde, gilt zu Recht als *annus mirabilis*. Mit der Implosion des Realsozialismus löste sich der Warschauer Vertrag auf – und mit ihm auch der

**Vierzig Jahre lang hatte der bipolare Systemgegensatz die Koordinaten allen politischen Denkens bestimmt**

Ost-West-Konflikt. Vierzig Jahre lang hatte der bipolare Systemgegensatz die Koordinaten allen politischen Denkens bestimmt und die gesamte Weltordnung gleich-

sam überdeterminiert. Das pompöse Gipfeltreffen der KSZE-Staaten im November 1990 in Paris feierte mit einer „Charta für ein neues Europa“ die Überwindung des Systemgegensatzes und verhiess nicht weniger als „die Befreiung vom Erbe der Vergangenheit“ und „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit.“<sup>1</sup> *Incipit vita nova* nannte man früher diesen Topos von einem absoluten Neuanfang.

Kurz darauf zerbröckelte auch die Sowjetunion. Seit der Oktoberrevolution von 1917 war sie die entscheidende ordnungspolitische Gegenspielerin des Kapitalismus gewesen und hatte die Welt in zwei verfeindete ideologische, militärische, wirtschaftliche und politische Lager geteilt. Mit der Auflösung der Sowjetunion ging 1991 eine Epoche zu Ende, *Eric J. Hobsbawm* sprach vom „kurzen 20. Jahrhundert.“<sup>2</sup> Seither verläuft die Weltgeschichte in anderen Bahnen als zuvor, die vertrauten Koordinaten gelten nicht mehr.

1 Zit. nach *Peter Schlotter et al.*: Die neue KSZE, Opladen 1994, S. 140.

2 *Eric Hobsbawm*: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1994.

### Deutschland – das Glückskind des Epochenumbruchs

Einer der Hauptprofiteure der weltgeschichtlichen Zäsur war Deutschland. Hier hatte der Ost-West-Konflikt eine geradezu staatenbildende Funktion gehabt: Bundesrepublik und DDR. Die Mauer durch Berlin war das sprechende Symbol für die Unterlegenheit des realsozialistischen Systems, das nur militärische Macht zusammenhielt, und für die Spaltung Europas. Die Teilung Deutschlands bildete gleichsam den archimedischen Punkt, auf dem die prekäre Machtbalance der von der nuklearen Abschreckung zementierten Blockkonfrontation auflag. Deren Erosion entzog der DDR die *raison d'être*, und rasch wurde ihr Legitimitätsdefizit offenbar. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei. Der im März 1991 ratifizierte „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ (damalige Rechtschreibung) besiegelte das und hob für das vereinigte Deutschland die Souveränitätsvorbehalte der vier Siegermächte auf.

Hand in Hand mit dieser Staatsumbildung kam es zu einer umfassenden Abrüstung und Entmilitarisierung im Herzen Europas, wo sich vor 1989 militärische Macht wie nirgends sonst geballt hatte. Die Bundeswehr wurde auf maximal 370.000 Mann beschränkt. Das war, gemessen an der Truppenstärke beider deutscher Staaten, fast eine Halbierung der Zahl deutscher Soldaten. Zudem wurden auch die hier stationierten Bündnisarmeen nachhaltig reduziert. Schon 1996 betrug die Zahl aller Soldaten in Deutschland gerade noch ein Drittel der – deutschen und ausländischen – Armeen, die hier vor 1989 stationiert waren.<sup>3</sup>

**Deutschland konnte vom Epochenumbruch von 1989-1991 eine saftige Friedensdividende einstreichen**

Auch eine Reihe von damals geschlossenen Abrüstungsabkommen kam Deutschland zugute. USA und Sowjetunion zerstörten ihre letzten landgestützten Mittelstreckenraketen und erfüllten damit das erste wirkliche Abrüstungsabkommen seit 1945, 1991 wurde der START-Vertrag geschlossen; der Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte (KSE) ermöglichte es, Panzer, Artilleriewaffen, Kampfflugzeuge und Angriffshubschrauber dras-

3 Detaillierte Zahlen vgl. *B. Schoch et al.* (Hrsg.): Friedensgutachten 1996, S. 2 f. – Auf das Friedensgutachten, das ich seit 1995 für die HSK betreue, stütze ich mich hier stärker, als es die Belege ausweisen. Das letzte ist soeben erschienen: *Christiane Fröhlich et al.* (Hrsg.): Friedensgutachten 2010, Berlin 2010.

tisch zu verringern. Kurzum: Deutschland konnte vom Epochenumbruch von 1989-1991 eine saftige Friedensdividende einstreichen.

### Oszillieren zwischen 9.11. und 9-11

Hätte damals, als die Euphorie über das Ende der deutschen Teilung und des Systemkonflikts ins Kraut schoss, jemand vorausgesagt, dass Deutschland zwanzig Jahre später in einen Krieg verstrickt sein werde, noch dazu im fernen Afghanistan – das soeben das Ende der Sowjetunion eingeläutet hatte<sup>4</sup> –, so hätte man das als düsteres Geraune einer Cassandra abgetan. Zu groß war die Begeisterung für das „neue Zeitalter“.

**In Deutschland gehört es zur Hypothek zweier Weltkriege, dass man gerne alles mit allem gleichsetzt, wenn es um militärische Gewalt geht**

Manchen Aktivisten der bundesrepublikanischen Friedensbewegung, die sich in den frühen achtziger Jahren am sogenannten NATO-Doppelbeschluss entzündet hatte, erschien die seitherige Entwicklung als Resultat einer bewussten Salamitaktik, gar Remilitarisierung deutscher Politik. Ich kann mich an eine gut besuchte Friedensveranstaltung in der Frankfurter Fachhochschule erinnern, auf der in den frühen neunziger Jahren prominente Sprecher der Friedensbewegung jeder Beteiligung an UN-Blauhelmen vehement entgegentraten unter dem Spruchband: „Nie wieder Kanonenbootpolitik!“ In Deutschland gehört es zur Hypothek zweier Weltkriege, dass man gerne alles mit allem gleichsetzt, wenn es um militärische Gewalt geht. Die Einsicht, dass Krieg in Wirklichkeit weder immer Angriffskrieg noch in allen Fällen bar jeder Legitimität ist, hat es schwer, als wollte man verdrängen, dass der Nationalsozialismus letzten Endes besiegt wurde mittels – Krieg.

<sup>4</sup> Manfred Sapper: Die Auswirkungen des Afghanistankriegs auf die Sowjetgesellschaft: Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Münster 1994.



Quelle: Wikipedia, Urheber: Hadi

Die Exemplare des Einigungsvertrages, ausgestellt im Archiv des Auswärtigen Amtes

Es kommt also darauf an zu differenzieren. Das wird dadurch erschwert, dass für die nötige Neubestimmung von Krieg und Frieden, seit uns die vertrauten Koordinaten des Ost-West-Konflikts abhanden gekommen sind, kein Rekurs auf Altbekanntes weiter hilft. Man muss sich neuen Herausforderungen stellen. Seit dem Pariser Kongress von 1815 regelte mit der Ausnahme der Jahre zwischen 1914 bis 1945 stets ein Mächtekonkordat die internationale Ordnung. Das gilt noch für das bipolare Großmachtssystem von 1949 bis 1989: Es garantierte eine gewisse Stabilität. Das gilt so heute nicht mehr. Und die letzte übrig gebliebene Supermacht ist trotz aller großspurigen Rhetorik über Hypermacht, Imperium und *Pax Americana* weder imstande noch willens, die Ordnung der Welt allein zu garantieren.<sup>5</sup>

Die Welt ist unübersichtlicher geworden. An frühen Anzeichen dafür fehlte es schon 1991 nicht. Das war nicht nur das letzte Jahr der Sowjetunion,

<sup>5</sup> Vgl. u. a. Michael Mann: Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können, Frankfurt a. M. 2003; Niall Ferguson: Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, Berlin 2004; Joschka Fischer: Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens, Köln 2005; Jochen Hils/Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Defekte Demokratie – Crusader State. Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush, Trier 2006.

**1991 bündelten sich zentrale Fragen von Krieg und Frieden, mit denen wir uns seither herumschlagen**

sondern auch das erste der Kriege um die Auflösung Jugoslawiens; und es war das Jahr des vom Sicherheitsrat der UNO mandatierten ersten Golfkriegs. 1991 bündelten sich mithin zentrale Fragen von Krieg und Frieden, mit denen wir uns seither herumschlagen. Kaum denkbar, dass *Saddam Hussein* in der Zeit des Ost-West-Konflikts gewagt hätte, Kuwait zu erobern; undenkbar auch, dass der Sicherheitsrat sich zuvor auf eine Resolution geeinigt hätte, die Schritte legitimierten, um die Annexion eines kleinen Landes mit kollektiver Gewalt rückgängig zu machen. Den Ost-West-Konflikt hatte *Tito* geschickt zu nutzen gewusst zur inneren Stabilisierung der Vielvölkerföderation Jugoslawien; deren staatlicher Zerfall löste nationalistische Gewalttaten und Kriege aus, wie man sie in Europa lange nicht mehr gesehen hatte: Massaker, Massentreibungen und Gefangenelager. Menschen, die zuvor halbwegs friedlich nebeneinander lebten, wurden ermordet, vertrieben und vergewaltigt aus dem einzigen Grund, weil sie angeblich „anders“ waren. Die Wiederkehr dieser Barbarei warf die Frage auf, wie man Gewalttätern, die einen regelrechten Krieg gegen die Zivilbevölkerung führen, in den Arm fällt. Unversehens bekam die alte Parole „Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“, einen bösen neuen

**Der staatliche Zerfall der Vielvölkerföderation Jugoslawien löste nationalistische Gewalttaten und Kriege aus, wie man sie in Europa lange nicht mehr gesehen hatte**

Sinn: Es war Krieg in Europa und keiner unternahm etwas dagegen! Schließlich griffen die maßgeblichen Staaten des Westens unter dem Stichwort „humanitäre Intervention“ – freilich viel zu spät – ein, um das nationalistische Morden und Vertreiben, das völkermordähnliche Züge annahm, *manu militari* zu beenden.

Vier Jahre später kam es schnell zu einer militärischen Intervention, als sich 1999 im Kosovo Ähnliches zu wiederholen drohte.<sup>6</sup> 78 Tage lang bombardierte die NATO Restjugoslawien, bis sich *Slobodan Milošević* bereit erklärte, die Sicherheitskräfte aus dem Kosovo abzuziehen und dort die Stationierung einer NATO-Truppe hinzunehmen. Ohne die Vorgeschichte in Bosnien wäre dieser Krieg undenkbar gewesen – gleichwohl war es mehr als ein Schönheitsfehler, dass die NATO ihren Luftkrieg ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates führte.

Schließlich der 9. September 2001, der vieles veränderte. Denn zur Geschichte und zum Selbstverständnis der USA gehört – ganz anders als zur historischen Erfahrung in Europa –, dass sie nie zuvor von außen angegriffen wurden; Pearl Harbour war kein amerikanisches Territorium. Da die erklärten Urheber der New Yorker Schreckenstat, *al-Qaida*, in Afghanistan staatlichen Schutz genossen und sich das Taliban-Regime in Kabul weigerte, die Verantwortlichen auszuliefern, gab der UN-Sicherheitsrat den USA grünes Licht, ihr Recht auf Selbstverteidigung wahrzunehmen und die Täter zu verfolgen.

So symbolisieren der 9.11.1989 und der 11.9.2001 die neuesten gegenläufigen Entwicklungen. Steht der Fall der Berliner Mauer für einen Triumph der Gewaltfreiheit, die versteinerte Verhältnisse zum Tanzen brachte, so eröffnete *nine eleven* einen neuen Zyklus von Hass und Gewalt. Die Rhetorik der Bush-Administration nahm die Kriegserklärungen von *al-Qaida* beim Wort und stellte die Weichen mit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ falsch, weil er die Komplexität des 21. Jahrhunderts auf einen schlichten Freund-Feind-Gegensatz reduzier-

Quelle. Wikipedia; Urheber: Lt. Stacey Wyzkowski




<sup>6</sup> Vgl. dazu *Günter Joetze*: Der letzte Krieg in Europa, Stuttgart 2001.

**Der 9.11.1989 und der 11.9.2001 symbolisieren die neuesten gegenläufigen Entwicklungen**

te. Neokonservative Ideologen instrumentalisieren die Terroranschläge für ihre weltpolitische Agenda.

### **Krieg und Frieden: zu viel Improvisation**

Sie krepelten damit die Weltpolitik der USA um. Diese hatte bisher zumeist auf Bündnissen und internationalen Institutionen beruht. Anders als Herrschaft setzt *Hegemonie* darauf, dass die Schwächeren der Führungsmacht folgen, weil sie wollen – und nicht, weil sie dazu gezwungen sind. Die internationalen Organisationen UNO und zuvor schon der Völkerbund, beides Schöpfungen der USA, sollten das freie Spiel der Gewalt aus dem zwischenstaatlichen Verkehr verbannen und durch verbindliche rechtliche Regeln ersetzen. Die USA garantieren mit ihrer überlegenen Macht das UN-System, zugleich beinhalten dessen allgemeingültige Regeln auch eine gewisse Selbstbindung. Diese Tradition amerikanischer Außenpolitik warfen *George W. Bush* und seine neokonservativen Strategen über den Haufen. Sie insinuierten wider besseres Wissen einen Zusammenhang zwischen *Saddam Hussein* und dem Terrorismus und brachen 2003 einen Krieg gegen den Irak vom Zaun. Dieser verstieß ohne Not gegen das Kriegsverbot der UN-Charta und provozierte international viel Widerstand; die Massenvernichtungswaffen, die Washington und London als Grund für den Krieg nannten, wurden nie gefunden – es gab sie nicht. Mit dem prinzipiell endlosen und seltsam ortlosen *War on Terror* haben die *neocons* viel Schaden angerichtet und die Glaubwürdigkeit der USA beschädigt.<sup>7</sup>

Nimmt man also die ersten zwei Jahrzehnte nach dem Ende des kurzen 20. Jahrhunderts, so zeigt sich: „Seit dem Ende des Kalten Krieges ist der Umgang mit Frieden und Krieg improvisiert“, wie *Eric J. Hobsbawm* lapidar konstatiert. Um hinzuzufügen: „Im günstigsten Fall, wie etwa auf dem Balkan, wurden kriegerische Konflikte durch bewaffnetes Eingreifen von außen beendet und der Status quo bei Ende der Feindseligkeiten von den Truppen Dritter gesichert.“<sup>8</sup> Der schlechteste Fall dagegen, der des Irak-Kriegs, lief darauf hinaus, eine Grundregel im internationalen System, die

wechselseitige Anerkennung staatlicher Souveränität, umzustürzen.<sup>9</sup>

Diese Verwirrung folgt keinen unabänderlichen Naturgesetzen, sondern ist das Resultat falscher politischer Entscheidungen. Der erste Präsident *Bush*, der sich um die Überwindung des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Teilung verdient gemacht hatte, skizzierte eine „neue Weltordnung“, in der „die Nationen zusammenarbeiten, um Frieden und Wohlstand zu mehren“. Es fehlte nicht an kenntnisreichen, theoretisch wie historisch angeleiteten Drehbüchern für ein solches Programm.<sup>10</sup> Doch unter dem Einfluss neokonservativer Ideologen folgten ihnen die USA unter *George W. Bush* nicht. Vielmehr nutzten sie die Anschläge des 11. Sep-

**Das Erbe der verfehlten Außen- und Sicherheitspolitik der Ära George W. Bush lastet schwer auf der internationalen Politik und beeinträchtigt auch den kooperativen Neuanfang von Präsident Barack Obama**

tembers, um „einen internationalen Zustand der Spannung, eine begrenzte, aber beständige Kriegssituation“ aufrecht zu erhalten.<sup>11</sup> So lastet das Erbe der verfehlten Außen- und Sicherheitspolitik der Ära *George W. Bush*, der nicht müde wurde, sich als „Kriegspräsident“ zu

bezeichnen, schwer auf der internationalen Politik und beeinträchtigt auch den kooperativen Neuanfang von Präsident *Barack Obama*, für den er mit Recht den Friedensnobelpreis bekommen hat.

Gleichwohl darf man sich vom Irak-Krieg und seinen widerlichen Begleiterscheinungen wie *Abu Ghraib* und *Guantanamo* nicht den Blick vernebeln lassen. Er ist ein Element, aber nicht das Ganze der derzeitigen Übergangsphase. Nur wer das übersieht, meint, es reiche aus, auf altbekannte Parolen zurückgreifen zu können, etwa auf die Behauptung, der Kapitalismus führe Krieg um Öl. Andere beschwören den Gegensatz zwischen guten zivilen und angeblich per se schlechten militärischen Mitteln, als hätte es die Erfahrungen auf dem Balkan oder mit Ruanda nie gegeben. Mit Ausnahme des Kosovo 1999 sind alle seitherigen Bundeswehr-Ein-

9 Ebd., S. 56.

10 Vgl. etwa *Ernst-Otto Czempel*: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München 1991; und *ders.*: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München 1999; oder *Joseph S. Nye*: The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone, New York-Oxford 2002.

11 *Emmanuel Todd*, hier zit. nach *Günter Joetze*, Der Irak als deutsches Problem, a. a. O. S. 27.

7 Vgl. dazu jetzt die instruktive Studie von *Günter Joetze*: Der Irak als deutsches Problem, Baden-Baden 2009.

8 *Eric Hobsbawm*: Globalisierung, Demokratie und Terrorismus, München 2009, S. 33.



Quelle: Wikipedia; Urheber: R. D. Ward (US Navy)

Bush mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (Mitte) und dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz 2003, zu Beginn des Irakkriegs

sätze von der UNO mandatiert. Und die drei größten militärischen Missionen der Bundeswehr tragen bei zum staatlichen Wiederaufbau in Afghanistan, im Kosovo und in Bosnien – nicht eben für Ölvorräte berühmt! Ethnische Massaker und Vertreibungen auf dem Balkan haben manche Gewissheit der älteren Friedensbewegung schmerzlich in

**Ethnische Massaker und Vertreibungen auf dem Balkan haben manche Gewissheit der älteren Friedensbewegung schmerzlich in Frage gestellt**

Frage gestellt: Wo es nicht gelingt, den Zerfall staatlicher Strukturen zu verhindern, kann der Moment kommen, wo ethno-nationalistische Barbarei nur noch mit Militär unterbunden werden kann. *Robert*

*Dallaire*, der kanadische General, der seinerzeit das kleine UN-Kontingent in Ruanda befehligte, ist bis heute überzeugt, dass sich mit 5.000 gut ausgerüsteten UN-Soldaten der Völkermord hätte verhindern lassen.<sup>12</sup>

**Zwangmaßnahmen können Bürgerkriege beenden und Waffenstillstände herbeiführen**

Parolen aus der Besenkammer helfen also nicht weiter. Wir brauchen eine Friedenspolitik, die sich den neuen Herausforderungen stellt. Wir brauchen eine ehrliche politische Debatte darüber, was von der UNO legitimierte Zwangsgewalt erreichen kann. Zwar be-

12 Vgl. dazu die erschütternde Dokumentation von *Alison Des Forges*: Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda, Hamburg 2002.

steht in Bosnien bis heute keine funktionierende Demokratie. Doch das Morden wurde beendet. Gebetsmühenhaft zu wiederholen, mit Militär könne man keinen Frieden schaffen, verdrängt, was die Interventionen auf dem Balkan erreichten. Zwangsmaßnahmen können Bürgerkriege beenden und Waffenstillstände herbeiführen, womit sich Zeit für politische Lösungen gewinnen lässt.

**Die neuen Herausforderungen**

Mit dem Ende der bipolaren Konfrontation fielen

die bekannten Mechanismen internationaler Ordnung weg, zugleich sah sich die Staatengemeinschaft mit neuartigen Herausforderungen konfrontiert, auf die sie nicht vorbereitet war. Beides traf die Bundesrepublik Deutschland mehr als andere. Sie war mit sich selbst und den komplizierten Problemen der Vereinigung beschäftigt, zudem hatte sie aufgrund der deutschen Teilung und der

**Die Welt erwartet nun, dass sich Deutschland aktiver als zuvor für die ordnungspolitische Gestaltung der Welt engagiert**

eingeschränkten Souveränität in Jahrzehnten eine probate Politik sicherheits- und außenpolitischer Selbstbeschränkung entwickelt, die sich nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs

und der Schuld an der Shoah breiter Zustimmung erfreute. Damit war es nach 1990 nicht mehr getan. Die Welt, allen voran die westlichen Verbündeten, erwartet nun, dass sich Deutschland aktiver als zuvor für die ordnungspolitische Gestaltung der Welt engagieren möge.

Präsident *Barack Obama*, der von *Bushs* Motto „Wer nicht für mich ist, ist wider mich“, abkehrt, verfolgt einen Neuansatz der Kooperation und das erklärte Ziel weltweiter Abrüstung. Das bietet für eine friedenspolitische Neubestimmung europäischer Politik denkbar günstige Voraussetzungen. Es gilt freilich, die Gelegenheit beherzt zu ergreifen. Weil die Europäer nach dem Verlust ihrer weltpolitischen Herrschaft und zwei Weltkriegen in Gestalt der europäischen Integration seit langem weniger auf militärische Stärke denn auf die *soft*

power von Kooperation und Integrationsanreizen setzen, liegt es in ihrem vitalen Interesse, dass *Barack Obamas* neue Weltpolitik nicht scheitert. Freilich verlangt das von uns Europäern, die bequemen Zuschauerränge zu verlassen. Es verwundert und irritiert, wenn engagierte Veteranen der Friedensbewegung und auch manche Kollegen, die ein halbes Leben lang für Kooperation und Abrüstung eingetreten sind, sich in dem Moment zu nörglerischen Bedenkenträgern mausern und überall nichts als alten Wein in neuen Schläuchen wittern, in dem ihre Visionen aufgegriffen werden von einem amerikanischen Präsidenten. Dass der mit seiner weltpolitischen Agenda noch nicht weiter ist, hat auch mit mangelnder Unterstützung aus Europa zu tun.<sup>13</sup>

### Machtübergang gestalten durch Einbindung

Mit China und Indien, wo zwei Fünftel der Menschheit leben, betreten neue Großmächte die internationale Bühne. Wir erleben eine geradezu tektonische

**Die Staatengemeinschaft steht vor der Aufgabe, aufstrebende neue Großmächte so in das internationale System zu integrieren, dass die Machtkonkurrenz nicht zu Kriegen führt**

Verschiebung im internationalen Machtgefüge. Schnell wachsende Militärbudgets in der pazifisch-asiatischen Region verschärfen die Machtkonkurrenz und heizen Rüstungswettläufe an. Die Staatengemeinschaft steht vor der

nach aller historischen Erfahrung nicht einfachen Aufgabe, aufstrebende neue Großmächte so in das internationale System zu integrieren, dass die Machtkonkurrenz nicht zu Kriegen führt.

Die Beziehungen zwischen den USA und China sind inzwischen wohl der wichtigste Faktor der Weltpolitik. Doch kennzeichnet diese beiden Weltmächte ein hohes Maß an Selbstgenügsamkeit: Während sich die „Neue Welt“ historisch von der alten mit ihren ewigen Kriegen absetzte, interessierte sich das „Reich der Mitte“ jahrhundertlang nicht für das, was hinter der Chinesischen Mauer vor sich ging. Gewiss haben zwei Weltkriege die USA genötigt, den Isolationismus aufzugeben und sich um die Ordnung der Welt zu kümmern. Und gewiss veranlassen Globalisierung und unauflösbare Einbindung seines wirtschaftlichen Aufstiegs in die Weltwirtschaft China, sich mehr um die Welt zu

<sup>13</sup> Das betont zu Recht *Ekkehart Krippendorff*: Unser Obama-Problem, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2010, S. 31-33.

kümmern. Doch ist für die chinesische Führung vieles dabei noch Neuland. Und auch in den USA ist die Einsicht, dass in der heutigen Welt auch die stärkste Supermacht auf Verbündete und Kooperationspartner angewiesen bleibt, leider nicht so verbreitet, wie man es wünschte. Zudem fehlen der amerikanisch-chinesischen Kooperation bisher belastbare Erfahrungen und Institutionen.

### Rückkehr zu Rüstungskontrolle und Abrüstung

Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, so hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise die internationale Interdependenz ausnahmslos aller vor Augen geführt. Das Debakel der *Rumsfeld-Strategie* im Irak und in Afghanistan hat die Hybris militärischer Überlegenheit bei den neokonservativen Ideologen merklich gedämpft. Das stärkte alle, die vom militärisch unilateralen Abenteuerum abkehren wollen – der internationale Hintergrund für den Wahlsieg *Barack Obamas*.

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bestimmt „das zweite nukleare Zeitalter“<sup>14</sup>, das die Gefahren des ersten übertreffen könnte,

<sup>14</sup> *Jonathan Schell*: Die Politik des Friedens. Macht, Gewaltlosigkeit und die Interessen der Völker, München 2003.



Quelle: Wikipedia; ©White House

Barack Obama warb in einer Rede in der Universität von Kairo am 4. Juni 2009 für einen Neuanfang im Verhältnis zum Islam

weil es von einer zunehmenden Zahl unberechenbarer Akteure geprägt sein wird. Zudem wächst Hand in Hand mit der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen auch das Risiko, dass sie Terroristen in die Hände geraten. Das ist umso bedrohlicher, als es fundamentalistischen Tätern nicht darum geht, weltweite Aufmerksamkeit für ihre Sache zu erzielen, sondern darum, in absoluter Feindschaft wahllos möglichst viele „Amerikaner, Juden, Kreuzzügler und ihre Verbündeten“ zu töten, wie es in den Erklärungen von al-Qaida unverblümt heißt.

Präsident *Obamas* Vision von einer atomwaffenfreien Welt markiert einen Kurswechsel in der Atompolitik der USA. Sie wird von namhaften Vertretern des sicherheitspolitischen Establishments getragen und folgt einer Neubewertung der Bedrohungslage. Der Druck, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern, ist durch die inoffiziellen Atomkräfte und durch das Nuklearprogramm Teherans gewachsen. Die Risiken, dass fundamentalistische Terroristen in den Besitz von Nuklearmaterial gelangen könnten, haben dramatisch zugenommen. Da ihnen mit der hergebrachten Abschreckung nicht beizukommen ist, gilt es zu verhindern, dass Terroristen radioaktives Material in die Hände fällt. Je weniger davon weltweit im Umlauf ist, desto geringer sind die Risiken nuklearterroristischer Anschläge.

Dass der Präsident der Weltmacht USA für eine Welt ohne Atomwaffen eintritt, ist ein Paukenschlag. Er verändert manche der bisher angeblich unumstößlichen Gewissheiten der Politik im Atomzeitalter, selbst wenn *Obama* betonte, wie steinig der Weg zu diesem Ziel wird. Kein Wunder, begin-

nen nun selbst ernannte Realisten umgehend, *Obamas* „Idealismus“ und „Utopismus“ zu schmähen. Doch war auch die Abschaffung der Sklaverei einst eine Utopie! Die Europäer haben es mit in ihrer Hand, ob der Neuanfang gelingt oder nicht – durch Rüstungskontrolle, Drosselung der Rüstungsexporte, Sicherheitskooperation und Vertrauensbildung. Der neue START-Vertrag mit Russland belegt, dass internationale Rüstungskontrolle wieder auf der Agenda steht. Nach der vorangegangenen Rüstungskontrollpolitischen Eiszeit ist das immerhin ein Neuanfang.

### Engagement zur Beendigung innerstaatlicher Kriege

Ausgehend von den wiedererstarkenden Taliban in Afghanistan haben wir im jüngsten Friedensgutachten gefordert, dass sich Friedenspolitik stärker als bisher mit innerstaatlichen Kriegen befassen muss. Während zwischenstaatliche Kriege weltweit zurückgegangen sind, gilt das leider nicht für Bürgerkriege und Aufstände. Sie dauern oft Jahre, fordern mitunter mehr Opfer als Kriege, lasten schwer auf der Zivilbevölkerung und sind besonders schwierig zu beenden. Internationale Akteure können helfen, Waffenstillstände und Friedensschlüsse zu erreichen. Sie können Sicherheitsgarantien und materielle Anreize in Aussicht stellen, um frühere Kriegsgegner zu reintegrieren. Noch entscheidender indes ist, dass sie dazu beitragen, die Ursachen für innerstaatliche Gewalt zu überwinden, was in der Regel auf tief greifende Reformen in Staat und Gesellschaft hinausläuft. Gewalttäter fallen nirgends vom Himmel. Vielmehr finden sie für ihren bewaffneten Kampf in der Regel nur dort gesellschaftliche Unterstützung und Legitimität, wo es an Partizipationsmöglichkeiten und Gerechtigkeit mangelt. Diesen Zusammenhang hat der „Krieg gegen den Terrorismus“ vernebelt, weil er alle nichtstaatlichen Gewalttäter über einen Leisten schlug.

### Neue Strategie in Afghanistan und ehrliche Diskussion

Mehr als acht Jahre nach der Intervention ist die Lage in Afghanistan desolat.



Präsident Obama und Präsident Dmitry Medvedev unterzeichnen im April 2010 in Prag den neuen START-Vertrag

Trotz massiver Verstärkung der NATO-Truppen ist die Sicherheitslage verschlechtert, hat die Regierung in Kabul viel an Legitimität eingebüßt. Die Korruption ist endemisch, *Warlords* und Kriegsverbrecher sitzen in der Regierung, die Präsidentschaftswahlen wurden gefälscht. Kurzum: Die bisherige Afghanistan-Politik ist gescheitert. In Deutschland lehnen fast zwei Drittel der Bevölkerung den Afghanistan-Einsatz ab.

### Die bisherige Afghanistan-Politik ist gescheitert

Wenn wir uns dennoch gegen einen sofortigen Abzug aus Afghanistan aussprechen, so deshalb, weil sich der Westen der Verantwortung für die Folgen seiner Afghanistanpolitik nicht einfach entziehen kann. Die Fehler der Vergangenheit in Afghanistan haben sich zu einem Probleberg akkumuliert, der jetzt nur noch schlechte Lösungen zulässt. Nicht einig waren wir uns darin, welche davon die am wenigsten schlechte ist.<sup>15</sup>

Ein sofortiger Truppenabzug würde den Bürgerkrieg intensivieren

Ich gehöre zu denen, die der neuen Strategie der USA – die man sich gewiss Jahre früher gewünscht hätte – eine Chance geben und deshalb dafür plädieren, die Debatte über einen Abzug um ein Jahr aufzuschieben. Dann erst lässt sich anhand der in der neuen Strategie formulierten *bench-*

*marks* beurteilen, ob diese erste Erfolge zeitigt. Dagegen würde ein sofortiger Truppenabzug den Bürgerkrieg zu intensivieren drohen, ähnlich wie das seinerzeit nach dem sowjetischen Abzug im Februar 1989 der Fall war. Mit Chaos oder gar einem raschen Sieg der Taliban verlören *Karzai* und seine Regierung Schutz und Unterstützung, wären Tausende von Afghanen, der Kollaboration mit dem Ausland bezichtigt, dem Rachebedürfnis der Sieger ausgesetzt. Zudem könnte sich Afghanistan auf Neue in ein Sanktuarium für transnationale Terroristen verwandeln, ganz abgesehen von der Destabilisierung der Nachbarstaaten und von demoralisierenden Auswirkungen für *Barack Obama* und für die transatlantischen Beziehungen.

Ein ähnliches Debakel wie in Afghanistan darf sich nicht wiederholen. Wir brauchen eine neue Debatte über militärische Interventionen. Eine gründliche, ehrliche und pragmatische Debatte darüber, was sich unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen mit militärischen Mitteln erreichen lässt, und was die verschiedenen militärischen Interventionen seit 1989 erreicht haben. Warum und wann waren die einen erfolgreich oder zumindest teilweise erfolgreich? Warum und wann sind die anderen gescheitert? Ohne eine derartige kritische Evaluation wird es beim bloßen Improvisieren bleiben.

<sup>15</sup> Vgl. *Christiane Fröhlich et al.* (Hrsg.): *Friedensgutachten 2010*, Berlin 2010, S. 3-15. Verwiesen sei auch auf die sechs analytisch dichten Einzelbeiträge zu Afghanistan von *Fotini Christia/Michael Semple*, *Winfried Nachtwei*, *Jochen Hippler*, *Naveed Ahmad Shinwari*, *Janet Kursawe* und *Arvid Bell*, die sich freilich mit Empfehlungen auffallend zurückhalten.



*Dr. Bruno Schoch ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Mitherausgeber des Friedensgutachtens. Er ist über die HSFK-Adresse erreichbar: Baseler Straße 27 – 31, 60329 Frankfurt/Main.*

E-Mail: [schoch@hsfk.de](mailto:schoch@hsfk.de)